

Inserate
werden angenommen
in Posen bei der Expedition
der Zeitung, Wilhelmstr. 17,
Grl. Ad. Schlech, Hoflieferant,
Gr. Gerberstr. u. Breitestr. 6, 8,
Otto Urich, in Firma
J. Henmann, Wilhelmplatz 8.

Berantwortliche Redakteure:
für den innerpolitischen Theil:
F. Hachfeld,
für den übrigen redakt. Theil:
E. R. Liebscher, beide in Posen.

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz
Posen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annoncen-Expeditionen
R. Masse, Hasenstein & Vogler L. C.,
C. J. Panke & Co., Invalidenbach.

Berantwortlich für den
Inseratentheil:
W. Braun
in Posen.
Fernsprecher: Nr. 102.

Posener Zeitung

Hundertunderster Jahrgang.

Nr. 148

Mittwoch, 28. Februar.

1894

Die „Posener Zeitung“ erscheint täglich das Mal,
an den auf die Sonn- und Feiertage folgenden Tagen jedoch nur zweimal,
an Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt überall
jährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, für ganz
Deutschland 5,45 M. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen
der Zeitung sowie alle Postämter des Deutschen Reiches an.

Deutscher Reichstag.

57. Sitzung vom 27. Februar, 1 Uhr.
(Nachdruck nur nach Vereinbarung gestattet.)

Die erste Berathung des deutsch-russischen Handelsvertrages wird fortgesetzt. — In Verbindung damit wird der Antrag v. Kardorff beir. Einführung einer gleitenden Zollskala gegen Einfuhrländer mit Disagio berathen.

Abg. v. Kardorff (Rp): Mit Recht hat Graf v. Mirbach gestern darauf hingewiesen, wie nuzlos ein Zoll von 3,50 Mark gegenüber Russland ist, angefischt der schwankende Valuta dieses Landes. Zur Ausgleichung der Differenz von Preis und Valuta wäre unter Umständen ein Zoll von 6 bis 7 M. nothwendig. Man bekämpft unsere Forderung nach einer gleitenden Zollskala mit dem Hinweis auf England, wo diese Zollskala der Spekulation Vorschub leistete. Das kam aber daher, daß die Skala sich dort nach dem Preise richtete. Wenn aber die Zollskala nach dem Geldeinsatz eingeführt wird, so wird die Spekulation gehemmt werden. Man leugnet auch den Einfluß der Valuta auf den Getreidepreis. Wie groß dieser Einfluß ist, beweist der Umstand, daß die Produktionsbörse in Berlin sich auf den Rubelkurs einrichtet. Die Österreicher werden sich mit der Einführung einer gleitenden Zollskala gern befriedigen. Sintt der Rubelkurs unter 2,30 M., so bedeutet das einen niedrigeren Zoll als 3,50 M. Das Golddisagio bildet eine Exportprämie. Das steht man am besten an Argentinien, bei dessen hohem Disagio der Weizenimport bei uns mit einer Prämie von 100 Proz. erfolgt. Auf die Dauer kann Deutschland das nicht aushalten, sondern muß zu Grunde gehen. Ich kann auch nicht zugeben, daß das Zugehörigkeit des 2,50 M.-Zolles an Russland keine weitere Ermäßigung des Getreidepreises zur Folge haben wird. Jede Zollermäßigung drückt auf den Weltmarktpreis und damit auf den Inlandspreis. Wenn man über die Forderungen der Landwirtschaft zur Tagesordnung übergeht, so heißt das über das deutsche Reich zur Tagesordnung übergehen. (Zustimmung rechts.) Den Rückgang des industriellen Verkehrs mit Russland hat nicht der Zoll, auch nicht etwa ein Mangel an geschickter technischer und kaufmännischer Leistung der Industriewerke verschuldet, sondern die schwankende Valuta (sehr wahr! rechts). Herrn von Stumm wird es nicht gelingen, den Beweis zu führen, daß der Vertrag die deutsche Landwirtschaft nicht schädigen wird. Wir würden eine andere Stellung zu den Verträgen einnehmen, wenn die Reichsregierung etwas in der Währungsfrage hätte. Nun ist allerdings auf Initiative der preußischen Regierung eine Erquête berufen worden, aber die Reichsregierung hat die Erquête so zusammengestellt, daß an eine Realisierung des Silbers nicht zu denken ist. (Burkhardt links: Es wird ja gar nicht abgestimmt!) Der Bauer weiß ganz genau, was er will, und die Vorwürfe der Linken über die Junkerpolitik ziehen nicht mehr. Das politische Urtheil der Bauern ist gereift, und die ganze Bewegung ist mit Naturnothwendigkeit aus dem Bauernstand erwachsen. Die Bauern in Pommern haben mit Recht ausgerufen, sie begreifen die Regierung nicht, daß sie die Landwirtschaft ruinire, das festeste Volkswelt gegen die Sozialdemokratie. In Deutschland vernachlässigt man die Landwirtschaft, in Frankreich denkt man darüber anders. Dort hat Meline es ausgesprochen, daß Frankreich ein Staat exakter Klasse nur bleiben kann, wenn die Landwirtschaft geführt wird. Deutschland befindet sich bereits in größerer Gefahr, weil seine Landwirtschaft nicht mehr im Stande wäre, mit dem Getreide anderer Länder zu konkurrieren (sehr wahr! rechts). Ich bitte, meinen Antrag der Kommission zu überweisen, der der Handelsvertrag überwiegen werden wird. Die Situation, welche nach Annahme des russischen Vertrages entsteht, ist viel verantwortungsvoller für diejenigen, die ihn annehmen, als für diejenigen, die ihn ablehnen. Wir, die wir ihn ablehnen, werden die Verantwortung mit vollem Bewußtsein gern tragen. (Wortfall rechts.)

Reichskanzler Graf Caprivi: Der vorlegende Vertrag ist bestimmt, eine Brücke für den Verkehr zwischen Nationen zu bilden. Er ist geprägt von Sachverständigen alter Art, und diese haben gefunden, daß er ein gutes Werk ist. Er trägt sich, aus wirtschaftlichen Motiven gebaut, in sich selbst und bedarf nicht der Stützen aus dem Gebiete der allgemeinen Politik. Es ist die Insinuation in der Presse in der letzten Zeit zahlreich verbreitet worden, daß unter den Baulenken selbst Streitigkeiten und Unruhen ausgebrochen sind. Man hat sich zunächst mit meiner Person beschäftigt und den Wunsch ausgesprochen, daß es am Ende nicht so übel wäre, wenn der Bauleiter bei dieser Gelegenheit vom Gerüst fiele. (Hinterkeit) Es ist bekannt, daß ich nach schweren Bedenken vor vier Jahren meine Stellung eingenommen habe. Ich habe sie übernommen und werde darin verharren, solange es Sr. Majestät dem Kaiser gefällt, und solange meine Kräfte hinreichen. Ich würde meine Theilnahme am Vertrage, die nur eine beiliegende war, und die ich nicht hätte durchführen können ohne ausgiebige Unterstützung, nicht habe tragen können, wenn nicht der Bauherr mit der tiefen und festen Überzeugung von der Nichtigkeit und Heilsamkeit unserer Wirtschaftspolitik und insbesondere dieses Vertrages hinter mir gestanden hätte. Nach anderer Richtung ist insinuiert worden, es wären Streitigkeiten und Spaltungen im preußischen Staatsministerium, Spaltungen zwischen dem Reich und Preußen, also gewissermaßen dem Kaiser und König vorhanden. An alle dem ist nichts Wahres. Das preußische Staatsministerium hat diesen Vertrag einstimmig zugestimmt (Hört! hört! links), und wenn in früheren Städten verschiedene Meinungen geäußert worden sind, so beweist das nur, wie ernst es das preußische Staatsministerium mit seiner Pflicht genommen hat, sich über diese Verhältnisse klar zu werden, nicht aber, daß Meinungsverschiedenheiten bestanden, die ihren Ausgleich nicht gefunden. Das preußische Staatsministerium steht Mann für Mann hinter dem Vertrage. Auch im Bundesrat ist der Handelsvertrag schließlich einstimmig angenommen worden, also auch hier sind alle Insinuationen hinfällig. Auch die Ansicht des Abg. v. Kardorff, daß Meinungsverschiedenheiten zwischen Preußen und dem Reiche in der

Währungsfrage bestehen, entbehrt jeglicher Begründung. Abg. v. Kardorff ist falsch unterrichtet, wenn er glaubt, daß preußische Staatsministerium hätte den Zusammentritt der Währungsenkette veranlaßt, er ist von mir veranlaßt. Er ist falsch unterrichtet, wenn er glaubt, daß die Währungsenkette andere Ziele verfolgt, als vom preußischen Staatsministerium ausgeschlossen worden sind. Der Vertrag hat im In- und Auslande auch von Leuten, die darüber vom politischen Standpunkt aus urtheilen, Zustimmung gefunden, und ich will es deshalb aussprechen, daß die seitenden Staatsmänner Österreich-Ungarns und Italiens mir ihre Freude über das Zustandekommen dieses Vertrags ausgesprochen haben. (Hört! hört! und lebhafte Bewegung links) Wie steht denn der Vertrag zu unserer auswärtigen Politik? Darüber zu sprechen ist unendlich schwer, man begiebt sich auf das Gebiet der Hypothese, der eine kann diese Folgerung daran knüpfen, der andere jene, und nicht jeder ist zu befriedigen. Die Ziele der deutschen Politik sind seit Jahrzehnten die Erhaltung des Friedens, die Bewahrung des deutschen Ansehens und deutscher Ehre. Das Ziel der Wahrung des Friedens ist auch in dem Handelsvertrag mit Österreich ausgesprochen worden. Der Dreibund ist erneut worden um des Friedens willen, und bei der Armeevorlage selbst wurde es ausgesprochen, daß sie bestimmt ist, in erster Reihe den Frieden zu erhalten, und nur wenn die direkte Necessitas uns treibt, den Sieg erringen zu helfen. Zu meinem Bedauern hat einer der gestrigen Redner die jetzige Vorlage als militärischen Fehler bezeichnet. Er meinte: was nützt uns das alles, wenn jenseits der Grenze so und so viel Armeecorps stehen? Wenn der Herr die letzten Konsequenzen seines Gedankens ziehen wollte, so würde er zum Kriege mit Russland kommen. Denn wenn wir nicht mehr im Stande wären, friedliche Vereinbarungen zu treffen, was bliebe uns dann anderes übrig, als Krieg? Es mag jenseits der Grenze stehen, was will, uns ist doch auch die Freiheit gelassen, an unserer Grenze aufzustellen, was wir wollen. Es wird sich nicht in Abrede stellen lassen, daß der Handelsvertrag die Spannung zwischen Nationen vermindert, daß er die Zuverlässigkeit auf Frieden in Europa vermehrt. Man hat den Satz aufgestellt: politisch feindlich und wirtschaftlich feindlich. (Es ist sehr gut mit einander vereinigt. Es ist nicht zu leugnen, daß unter gewissen Umständen, unter starken, geschickten Händen, geschnürt durch günstige Verhältnisse, das möglich ist. Ich will nicht auf die Verhältnisse im Auslande exemplifizieren, sehen wir uns im Innern um!) Hat denn das Herz vor Feinden in Deutschland vermehrt? (Sehr richtig! links.) Se mehr die wirtschaftlichen Tendenzen hervorgekehrt wurden, um so mehr ist Feindschaft zwischen den einzelnen Verständigten ausgebrochen. (Sehr wahr! links.) Sollte das nicht noch mehr der Fall sein zwischen Völkern, die nicht gemeinsame Interessen haben, nicht ein gemeinsames Vaterland lieben? (Sehr richtig! links.) Man hat uns weiter den Vorwurf gemacht, der Vertrag wäre auf zu lange Zeit abgeschlossen, wir hätten ihn höchstens auf zwei Jahre abschließen sollen. Ja was nützt uns das? Wir haben diesen Vertrag geschlossen auf einen Termin zu Anfang des nächsten Jahrhunderts. Wenn wir den Vertrag auf zwei Jahre schließen und danach zu der Überzeugung kämen, daß er nicht gut wäre, was sollten wir dann anfangen? Dieser Vertrag ist nur die logische Konsequenz der vorhergehenden Verträge. (Ruhe rechts: ab!) Halten wir an den übrigen Verträgen fest, so haben wir um so weniger Grund von dem russischen Vertrage abzusehen, als die Landwirtschaft dadurch nicht geschädigt wird. (WiderSpruch rechts.) Das ist gestern nachgewiesen und kann immer wieder nachgewiesen werden. Gestern wurde die Behauptung aufgestellt, Fürst Bismarck habe niemals Verträge auf zehn Jahre abgeschlossen. Ich kann Ihnen 5 bis 6 Tarifverträge und zahllose Mefisbegünstigungsverträge vorlegen, die auf längere Zeit abgeschlossen sind. Wenn wir den Vertrag auf zehn Jahre abschließen, so haben wir das gethan, um der Welt zu zeigen, daß wir den Frieden wollen, und wir haben uns gefreut, dieselbe Gewissheit bei unseren Kontrahenten zu finden. In wie fern dient nun der Vertrag zur Aufrechterhaltung unseres Ansehens? Wir haben den Wunsch, daß die deutsche Stimme im europäischen Konzert gehört werde; wir haben das bei den Handelsverträgen nicht verloren. Deutschland kann damit zufrieden sein, daß die deutsche Regierung in allen diesen aufeinander folgenden Handelsverträgen eine stützende Rolle gespielt hat. (Zustimmung links.) Wir wollen den Ruhm haben, die Kultur Europas zu fördern, das friedliche Zusammenleben der Völker zu erleichtern, die europäischen Völker zusammenzuschließen, und falls es in späteren Jahren notwendig sein sollte, im Interesse der europäischen wirtschaftlichen Zustände einen größeren Staatenkomplex gemeinsam zu umfassen. Die Erleichterung des Verkehrs ist eine Kulturaufgabe, die allen europäischen Nationen obliegt unter dem Vorbehalt, daß sie ihre Interessen nicht schädigen. (Unruhe rechts.) Wenn nun der Handelsvertrag nicht die Annahme des hohen Hauses fönde, was würde eintreten? Ich halte für zweifellos, daß der Nichtannahme des Handelsvertrages die Fortsetzung des Zollkrieges folgen wird. Für ebenso zweifellos halte ich aber, daß auch unter den Gegnern dieses Vertrages kein einziger ist, der diesen Zustand nicht für einen solchen hält, der für unseren Handel und unsere Industrie und auch für einen Theil unserer Landwirtschaft verhängnisvoll werden würde. In letzter Linie würde er für die Landwirtschaft des Ostens die ungemeinsten Folgen haben. (Sehr wahr! links.) Was soll für einen Zustand entstehen bei einer so langen Grenze, wie wir sie gegen Russland haben? Man fragt über den Schmuggel; ich habe ihn selbst in Ostpreußen lennen gelernt. Bei jeder Aushebung sind eine Anzahl Menschen gefunden worden, die Schubwunden aus Schmuggelhändeln hatten. Bei einem Zollkriege aber würde der Schmuggel in der That eine unabsehbare Ausdehnung bekommen. (Zustimmung.) Grade unsere Ostprovinzen, die Jahrzehnte hindurch nach einem Hinterland verlangt haben, würden

Inserats, die schriftgezogene Zeitzeile über breiten Raum
in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der leichten Seite
80 Pf., in der Mittagausgabe 25 Pf., an denorgierter
Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die
Mittagausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die
Morgnausgabe bis 5 Uhr Nachtm., angenommen.

schaft betrieben würde, während doch tatsächlich der größte Theil der Landwirtschaft auf dem westlichen Elbufer sich befindet. (Lebhafte Zustimmung links.) Der Bund trennt ferner den Großgrundbesitz von dem kleinen Grundbesitz. (Widerspruch rechts.) Ich spreche die Leiter des Bundes der Landwirthe von der Schuldenlast fre, aber die Dinge wachsen ihnen über den Kopf und warten Sie noch ein bis zwei Jahre (Unruhe rechts), dann haben Sie die Güte und erinnern Sie sich an das, was ich Ihnen eben gesagt habe. Beinahe 100 Jahre dauern die Versuche, uns Russland wirtschaftlich zu nähern; manche dieser Versuche, die zur preußischen Zeit gemacht sind, haben ja nicht immer auf eine für Preußen würdige Weise geendet. Ich verweise Ihnen auf einen Ausspruch, den Fürst Bismarck im Jahre 1873 im Reichstag gethan hat: „Der Vorredner wird mir zugeben, daß die 51-jährigen Verhandlungen, die wir mit Russland geführt haben, nicht unfruchtbar gewesen sind. Wenn der heutige russische Tarif verglichen wird mit dem von 1821, so fordern die Bemühungen der preußischen und norddeutschen und jetzt der Reichsregierung doch einen Anspruch auf Anerkennung. Ich verweise Ihnen aber, nicht zu ermüden und die Verhandlungen noch 50 Jahre fortzuführen. Wenn ich es nicht selbst thue, so wird es mein Nachfolger thun.“ (Hört, hört! links.) — Der Nachfolger des Fürsten Bismarck hat sich bemüht, das Versprechen seines Amtsvorgängers zu erfüllen. (Beifall links.)

Abg. Dr. König-Witten (Antts.): Die antisemitische Bewegung hat immer mehr Boden gewonnen, und ich danke dem Abg. Rickert für das Zugeständnis, daß der Bund der Landwirthe ein antisemitischer Bund ist. Wir freuen uns, daß die Bauern Antisemiten sind. Wenn Fürst Bismarck in Amt geblieben wäre, so wäre uns dieser Vertrag ebensowenig vorgelegt worden, wie der Vertrag mit Österreich und Italien. Der Bauernstand, das festste Rückgrat des Staates, muß bei dieser Wirtschaftspolitik zu Grunde gehen. Nicht die Thätigkeit des Bundes der Landwirthe, sondern die Vorlage der Regierung bringt einen künstlichen Gegenatz zwischen Industrie und Landwirtschaft hervor. Wenn Herr v. Marschall ausführte, er könne 120 Bände vorlegen über die Schädigung der deutschen Industrie durch die russische Bollpolitis, so rate ich ihm, die nächsten 120 Bände anzulegen für Schädigungen der deutschen Landwirtschaft durch die Handelsverträge. Die Sozialdemokratie stimmt für die Verträge, weil sie genau weiß, daß ihr Weltentwurf, wenn es der Landwirtschaft schlecht geht. Auch in industriellen Kreisen ist man mit dem Vertrag nicht so einverstanden. Ich habe in einem industriellen Bezirk kandidiert und dort 6000 Stimmen erhalten. (Abg. Richter: Aber durchgefallen!) Wenn Sie, Herr Richter, dorthin kämen, würden Sie nicht eine Stimme erhalten. Die Stimmung für den Handelsvertrag ist weniger in den Kreisen der Industrie als in gewissen Kreisen des Großhandels und der Spekulation zu suchen. Die Ermäßigung des russischen Hopfes auf Hopfen wird von keiner großen Bedeutung sein bei der zunehmenden Ausdehnung des Hopfenbaues in Russland. Man röhmt viel die Zugeständnisse Russlands auf landwirtschaftlichem Gebiete, z. B. die Ermäßigung des Gemüsezolles, natürlich hauptsächlich Zwiebel und Knoblauch. (Heiterkeit.) Tatsächlich röhnen diese Zugeständnisse dem deutschen Bauern nichts. Die Gegner des Handelsvertrages legen sich gerade aus denjenigen zusammen, die für die Militärvorlage bestimmt haben aus Patriotismus. (Abg. Singer: Oder aus Dummheit, wie die Antisemiten! Heiterkeit links.) Große Unruhe rechts und Ruhe: Zur Überraschung! Die starke Position, die wir Russland gegenüber hatten, ist nicht genügend ausgebaut worden, um für die Industrie nennenswerte Vorteile herauszuschlagen. Man führt für den Vertrag Worte des Kaisers ins Gesicht, die natürlich nicht gefallen sind. Das Gefühl der Verlassenheit des Bauern hat den Bund der Landwirthe hervorgebracht. Ein süddeutsches Blatt, das „Neue Münchener Tageblatt“, sagt im Hinblick auf den russischen Vertrag, Preußen werde doch eine Satrapie Russlands werden. (Lachen links.) Nichtswürdig ist die Nation, die nicht ihr Alles jetzt an ihre Ehre. (Lachen links, Beifall rechts.)

Zur Geldrätselordnung bemerk't

Abg. Frhr. v. Hammerstein (dk.): Als der Vorredner von dem Patriotismus sprach, der die Gegner des Handelsvertrages bei der Militärvorlage bestellt hätte, rief ein sozialdemokratischer Abgeordneter, wie mir gesagt wurde, Herr Singer dazu: „Oder aus Dummheit“. Ich darf wohl den Herrn Präsidenten nur auf den Vorgang aufmerksam machen, um ihn zu veranlassen, dagegen einzutreten.

Vizepräsident Frhr. v. Buol: Ich habe den Abgeordneten Singer beswegen zur Ordnung gerufen und verweise Sie auf das stenographische Protokoll. (Rufe rechts: Hier ist nichts gehört worden!)

[Auch auf der Journalistentribüne ist der Ordnungsruf nicht gehört worden.]

Abg. Singer: Ich habe allerdings dazwischen gerufen: „Oder aus Dummheit wie die Antisemiten“ und ich glaubte das um so eher ihm zu können, als Abg. Bödel selbst angegeben hat, daß er gefälscht worden ist in Bezug auf seine Erwartungen über die Militärvorlage. Wenn vielleicht mein Zwischenruf nicht sehr parlamentarisch war, so war er doch jedenfalls sehr zutreffend. (Heiterkeit links.)

Abg. Frhr. von Hammerstein: Ich konstatiere nur, daß auf dieser Seite kein einziger den Ordnungsruf des Präsidenten gehört hat.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg: Ich stelle fest, daß die letzte Erklärung des Abg. Singer eine neue einen Ordnungsruf verbürgende Belebigung war.

Vizepräsident Frhr. v. Buol: Ich bitte, mir die Entscheidung darüber zu überlassen, ob ich jemand zur Ordnung zu rufen habe. Ich halte den Zwischenfall hiermit für erledigt.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg: Ich stelle den Antrag, daß Haus möge beschließen, daß dem Abg. Singer ein Ordnungsruf ertheilt werde.

Vizepräsident Frhr. v. Buol: Dieser Antrag ist geschäftsordnungsmäßig nicht zulässig.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg: Dann muß die Geschäftsordnung geändert werden. (Große Heiterkeit.)

Zur Tagesordnung erhält weiter das Wort:

Abg. Dr. v. Bennigen (nl.): Die Eingabe der Handelskammer in Breslau betreffend den russischen Vertrag enthält eine graphische Darstellung des russischen Rubelkurses und des Preises agrarischer Produkte in derselben Zeit. Aus dieser Darstellung kann man sich davon überzeugen, daß, wie auch Professor Conrad nachgewiesen hat, die vom Abg. v. Kardorff vorausgesetzte Übereinstimmung in dem Schwanken der Valuta und dem Auf- und Abgehen der Getreidepreise absolut nicht vorhanden ist. Danach würde der Antrag v. Kardorff die beabsichtigte Wirkung nicht haben, wahrscheinlich aber würde er sogar die Landwirtschaft noch schädigen. (Sehr richtig! links.) Dazu kommt, daß der Antrag sich nicht blos auf Russland, sondern auch auf andere Länder mit schwankender Valuta bezieht, mit denen wir einen Vertrag geschlossen haben. Die Annahme des Antrages würde diesen Ländern gegenüber einen Vertragsbruch bedeuten. Der uns vorgelegte Vertrag ist ein wohldurchdachtes Werk. Man kann bei demselben der Regierung nicht wie bei den früheren Verträgen den Vorwurf machen, daß die Interessen nicht gehört worden sind. Denn die im russischen Vertrage in Betracht kommenden Fragen sind im Zollberath ausführlich erörtert worden. Zum ersten Male ist ein Vertrag mit Russland geschlossen worden, der die Deutschen auf

dem ganzen Gebiete des Handels, der Schliffahrt, des Zollwesens, des Eisenbahnwesens gleich behandelt mit den russischen Staatsangehörigen, und der uns die Meistbegünstigung gewährt. Welche hohe Bedeutung das für den nothleidenden Theil unseres Vaterlandes, für den Norden und Osten, hat, darüber besteht kein Zweifel. Für die Hafenplätze der Ostsee ist dieser Vertrag geradezu ein Ereignis. (Sehr richtig! links.) Deutschland steht mit seiner Ausfuhr nach Russland an der Spitze. Russland ist ein Land, das noch sehr entwicklungsfähig ist. Der Vertrag ist der erste Schritt einer naturgemäßen Entwicklung, naturgemäß, weil daraus Vortheile für beide Länder entstehen. Wenn man behauptet, daß Russland schließlich mit seinen Industriezeugnissen uns selbst Konkurrenz machen wird, so ist das doch die absonderlichste Rosakenfurcht, die mir vorgekommen ist. Zwar leugnete Graf v. Mirbach, daß die Bewegung sich gegen Personen richtet, und erklärte, als ihm der Name v. Blöß entgegengerufen wurde, Herr v. Blöß nehme Gelt seine verantwortliche Stelle in der konservativen Partei ein. Ja, wer hat in diesem Augenblick in der ganzen agrarisch-konservativen Bewegung einen so großen Einfluss wie gerade Herr v. Blöß, der nicht bloß die Spitze des Bundes der Landwirthe ist, sondern dem auch die ganze konservative Partei in diesen Fragen Gefolgschaft leistet? Herr v. Blöß hat aber die Ansicht geäußert, der jetzige Kanzler müsse durch einen anderen ersetzt werden; ähnlich hat sich in Süddeutschland der einflußreiche Frhr. von Thüngen ausgesprochen. Als Kompenstationen für die Landwirtschaft werden genannt die Aufhebung des Identitätsnachweises und die Befreiung der Staffeltarife für Getreide. Die Aufhebung des Identitätsnachweises ist schon lange als ein wirkliches Mittel zur Linderung der Notlage der östlichen Landwirtschaft erkannt. Viele Abgeordnete werden nur dem Handelsvertrage zustimmen, wenn gleichzeitig mit dem Identitätsnachweis die Staffeltarife bestätigt werden. Diese Seite der Sache ist von einer großen Bedeutung nicht blos für das Schädal der Vorlage über den Identitätsnachweis, sondern auch für die Annahme des Handelsvertrages. Es erscheint als sicher, daß die Mehrheit für den Vertrag gefährdet ist, wenn die Staffeltarife nicht bestätigt werden. Die Herren aus dem Osten möchten zwar am liebsten beides haben, die Aufhebung des Identitätsnachweises und die Befreiung der Staffeltarife. Das ist aber rein unmöglich; die Staffeltarife haben ja auch nur Werth gehabt, so lange man den Identitätsnachweis hat. Wird der Identitätsnachweis aufgehoben und dadurch dem Getreide der Verkehrs über See erleichtert, so wird es unnötig, dem ostdeutschen Getreide durch die Staffeltarife andere Absatzgebiete zu erschließen. Die Regierung wird sich also entschließen müssen, die Staffeltarife mit dem Identitätsnachweis zu bestätigen. Nun geht durch die Landwirtschaft eine große Beunruhigung. Natürlich hat die Landwirtschaft das Recht, sich zu organisieren. Es war ein Unglück, daß diese Organisation in einem Augenblick erfolgte, wo die Lage der Landwirtschaft durch unerhört niedrige Körnerpreise eine sehr schlechte war. Hätte die Landwirtschaft eine so altbewährte Organisation gehabt wie Handel und Industrie, dann wäre eine viel größere Ruhe und Stetigkeit auch in der Agitation vorhanden gewesen. Solche Elemente von Thorheit und Lederhosenhaftigkeit, wie sie die neue Organisation der Landwirthe gezeigt hat, wären in einer alten Organisation nicht möglich gewesen. Die Landwirtschaft befindet sich in Europa überhaupt in einer sehr gefährlichen Lage, wer es nicht glauben will, der muß keine Augen haben. Es ist die höchste Zeit, daß die frivole Bekämpfung dieser Thatsache in den Organen der linken Seite aufhört. Durch diese Bekämpfung ist viel Unheil angerichtet worden; dadurch kam es, daß nicht bloß die Großgrundbesitzer, sondern auch die bürgerlichen Kreise mit Mäzenen gegen die weiteren Kreise des Bürgertums erfaßt wurden. Es kommt nicht auf die Beziehungen der Personen an, die die Bewegung leiten. Nur müssen es praktische erfahrene Männer von Unbefangenheit und gesundem Urtheil sein. Ich habe hervor, daß der Leiter des Blattes, welches die Führung in diesen Fragen übernommen hat, Herr v. Hammerstein, auch weder Arnulf Halm bestellt (Burz), oder nicht mehr bestellt. (Heiterkeit.) Gestatten Sie mir noch einige allgemein-politische Ausführungen hier, da ich einer der ältesten Parlamentarier bin und bei meinem Alter nicht mehr lange politisch thätig sein werde. Der Abg. Rickert hat gestern in leidenschaftlicher Weise dem preußischen Adel und vorzugsweise dem „preußischen Junker“ sein Sündenregister seit Anfang dieses Jahrhunderts vorgehalten. Ich weiß sehr wohl, daß dieser Theil der Bevölkerung von alterher vielsach in Deutschland auf Abneigung und Widerstand stieß. Das mag zum Theil seinen Grund haben in dem Nebenmaß von Kraftgefühl und Führer, daß in dieser Klasse steht. Wenn man diese Klasse von Leuten für die Geschichte Preußens als Non vateurs bezeichnet, so thut man ihr großes Unrecht. Allerdings bestehen nicht blos politische, sondern auch soziale Gegensätze zwischen jener Klasse und den übrigen Bevölkerung. Wenn in Deutschland so kräftige Eliten, wie dieser ost- und norddeutsche Adel, in ihrem Kraftgefühl auch vielleicht zu übertriebenen Anforderungen und sogar Anmaßungen gebrängt worden sind, so könnten wir doch sehr froh sein gerade in der heutigen Zeit, wenn wir solche kräftige Elemente haben. Wenn diese Klasse aus dem landwirtschaftlichen Gewerbe verdrängt werden würde, so würde ich das für ein nationales Unglück halten. Wir haben in Deutschland keinen Überdruck an Personen, die durch die Nebenlieferung geschult sind für die Dienste des Militärs, der Politik, der Verwaltung, des Beamtenhums überhaupt. Von solchen Elementen wünschte ich, daß sie in ihrer kraftvollen Beschaffenheit uns bewahrt bleibten. Was etwa diese Klasse gesündigt hat, hat sie wieder gut gemacht seit 1867. Mit wessen Hilfe ist denn die Konstitution des Norddeutschen Bundes, des Deutschen Reiches erfolgt und die ganze organisatorische Gesetzgebung geschaffen? In erster Zeit nur mit Hilfe der Konservativen und der Mittelparteien. Das ist um so anerkannterwerth, als die Verfassung den Konservativen widerstrebt. (Burz des Abg. Rickert.) Allerdings haben Sie mit mir zusammengearbeitet, als wir noch in einer Partei zusammenhingen, aber nachher sind Sie mit Elementen zusammengekommen, die alles Menschenmöglichkeits, selbst im preußischen Abgeordnetenhaus, unter Aufsicht des krassesten preußischen Partikularismus aufgeboten haben, um das Ergebnis der Aussiedlung mit Österreich, des Siegreichen Krieges mit Frankreich von Deutschland fern zu halten, um eine Verfassung nach ihrer Schablone zu erhalten, für die weder Regierung noch Reichstag zu haben waren. Die Konservativen haben sich nicht entschlossen, den Handelsvertrag anzunehmen, aber sie werden froh sein, wenn sie aus ihrer jetzigen furchtbaren Lage einen Ausweg dadurch erhalten, daß sich andere Leute finden, die zur Annahme des Vertrages helfen. (Lebhafte Widerspruch rechts.) Die Autorität der deutschen Reichsregierung wäre durch eine Ablehnung des Vertrages so gefährdet, daß sie gezwungen wäre, den Reichstag aufzulösen. (Burz rechts.) Bezweifeln Sie das? Die Regierung würde das Neuerste daran sehen, in der dann entstehenden Wahlbewegung, um eine Mehrheit für den Vertrag zu gewinnen. Malen Sie sich den Wahlkampf aus, in dem die Mittelparteien und die Regierung Hand in Hand mit den Sozialdemokraten und Freisinnigen die Konservativen bekämpfen! Der Kampf wird siegreich durchgeführt, die Konservativen werden sicher liegen bleiben. (Widerspruch rechts.)

Der Reichstag würde den Vertrag annehmen; aber was soll man mit dem neuen Reichstag machen? Nach seiner Mehrheit würde er nicht im Stande sein, irgend etwas Wolliges zu schaffen. Nicht einmal der Staat würde dann fertig werden. Glauben Sie, daß ein solcher Reichstag irgendwie eine neue Steuer bewilligen würde? Und doch brauchen wir 60 Milliarden, die aus der Vermehrung der Armee resultieren. Man muß dann noch einmal aufstellen. Was dann geschieht, erlassen Sie mir auszumalen. Aber das werden Sie mir zugeben, etwas Unnatürliches als diesen neuen Wahlkampf, der nun mit anderer Front als der vorangegangenen gekämpft würde, kann man sich kaum denken. Der Vertrag gewährt der Industrie eine nicht unbedeutende Erleichterung; er legt der Landwirtschaft keine schwereren Opfer auf als diejenigen, die in dem Vertrag mit Österreich enthalten waren. Wird der Vertrag angenommen, dann wird er den Frieden wahren, den wir in Deutschland als junges Volk mehr brauchen als andere Länder, die bereits einen alten verfassungsmäßigen Zustand haben. (Lebhafte Beifall bei den Nationalliberalen.)

Vizepräsident Frhr. v. Buol: Der Abg. Singer hat gesagt: „Wenn mein Burz nicht parlamentarisch war, so war er doch jedenfalls zutreffend.“ Ich habe den früheren Ordnungsruf erhebt, weil sein Burz eine Befreiung enthielt, diese Befreiung hat er wiederholt, ich wiederhole daher auch den Ordnungsruf. (Beifall rechts.)

Abg. Lutz (konf.): Wenn uns der Reichskanzler schon 1891 reinen Wein eingeschenkt hätte, hätten wir den österreichischen Vertrag nicht bewilligt. Wir haben bisher nichts davon gemerkt, daß der Reichskanzler sich über die Gründung des Bundes der Landwirtschaft freut hat. Wir hatten bisher nicht Zeit, wirtschaftlich thätig zu sein, wir mußten zunächst gegen eine falsche Wirtschaftspolitik protestieren. Es ist falsch, daß wir Osten und Westen trennen. Noch nie ist die Landwirtschaft im Osten und Westen einiger gewesen, als jetzt. Grade der Reichskanzler trennt, indem er die ost- und westelbische Landwirtschaft einander gegenüberstellt. Wir vertheidigen die Wirtschaftspolitik des Fürsten Bismarck, weil dieser dem Beispiel des großen Königs Friedrich II. folgte und den einheimischen Markt schützte. Die Laube des einheimischen Marktes ist mir lieber als der Spalt des Exports. Wie kann die Regierung den sichersten Halt des Vaterlandes dem Untergang anheimgeben? Nun sagt man, die Ablehnung des Vertrages werde den Ruin der Industrie zur Folge haben. Die Industrie ist verloren, wenn sie sich auf die Tariffläche des Vertrages einläßt. Den Weltmarktpreis macht nicht Angebot und Nachfrage, sondern die Börse. (Lachen links.) Wenn der russische Getreideexport so weiter wächst, dann wird die deutsche Landwirtschaft bald der Mühe überhoben sein, für den deutschen Konsument zu arbeiten. Die russische Regierung betreibt eine zielbewußte Agrarpolitik und Eisenbahnpolitik. Der Vertrag ordnet alle übrigen Interessen dem Handel unter. Der Tarif für Hopfen muß unseren deutschen Hopfenbau ruinieren. Herr Rickert will einen Gegenbund gegen den Bund der Landwirthe gründen. Ich rate ihm, ihn „Bund zur Abwehr des Agrararthauses“ zu nennen. (Heiterkeit.) Den Fürsten Bismarck wird man im deutschen Volk noch dann hochhalten, wenn man sich über die Kampfeiweiß seiner Gegner schämen wird. (Beifall rechts.) Die Partei des Abg. Rickert hat den Bucher freigegeben. Dadurch hat sie den deutschen Bauer in eine viel schlimmere Leidenschaft gebracht als sie früher bestand. (Lebhafte Beifall rechts.) Wer es gut mit der deutschen Landwirtschaft meint, lehne den Vertrag ab. (Lebhafte Beifall rechts.)

Reichskanzler Graf Caprivi: Ich habe 1891 und Frhr. von Marschall hat am 29. Januar 1892 deutlich gesagt, daß ein russischer Handelsvertrag kommen werde. Die Unterstellung des Abg. Lutz, daß wir nicht bei Beratung des österreichischen Vertrages reinen Wein eingeschenkt haben, ist damit hinfällig. Darauf vertagt sich das Haus. Perlonlich bemerk't

Abg. Rickert (Fr. Berga): Ich habe nicht den ganzen Adel angegriffen, sondern nur von den Röderzken und Lüderzken gesprochen, die auch noch heute bestehen. Wie Abg. v. Bennigen seine Angriffe gegen die Linke in einer Apostrophe an mich vorbringen konnte, verstehe ich nicht, da er doch wissen mußte, daß ich an der ganzen betr. Gesetzgebung teilgenommen habe.

Abg. v. Bennigen: Ich habe ausdrücklich hervorgehoben, daß Herr Rickert mit mir an der Gesetzgebung teilgenommen hat, daß er aber nachher zu unseren Gegnern übergegangen ist.

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Beratung.) Schlüß 5%. Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

24. Sitzung vom 27. Februar, 11 Uhr.

(Nachdruck nur nach Vereinbarung gestattet.)

Die zweite Etatsberatung wird beim Etat der indirekten Steuern und beim Extraordinarium fortgesetzt.

Für den Neubau eines Dienstgebäudes für das Hauptsteueramt für inländische Gegenstände in Berlin werden als erste Rate 180 000 Mark gefordert. Das alte Steuergebäude auf der Museumsinsel soll abgerissen werden, um einem später zu errichtenden Museum für die Bergamontischen Funde Platz zu machen.

Abg. v. Buch (konf.): beantragt Streichung des Titels, „selbst auf die Gefahr hin, als kulturfremdlicher Barbar verschrien zu werden.“ Das alte Dienstgebäude reiche völlig aus; den Bau des Museums sollte man auf bessere Zeiten verschieben.

Abg. Dobrecht (nl.) tritt für die Bewilligung der Rate ein, ebenso die Abg. Imwalle (Ctr.) und Brütt (fr.).

Geh. Rath Schöne bittet den Antrag v. Buch abzulehnen und die Forderung zu bewilligen. Die Steuerbehörde würde das Gebäude lieber an der alten Stelle erhalten sehen und habe nur aus Rücksicht auf die erwähnte Forderung des Kultusministeriums nachgegeben.

Abg. Bopelius (nl.) tritt für Abg. Pleß (Ctr.) gegen die Forderung auf.

Abg. Dr. Hermes (Frei. Bp.) führt aus, man solle diese kleine Position nicht zum Angelpunkt der Sparsamkeit machen. Durch Ablehnung dieser Forderung werde man den Unwillen der gesamten gebildeten Welt auf sich laden. (Lebhafte Widerspruch rechts.)

Die Forderung wird nunmehr gegen die Stimmen der Nationalliberalen, Freiunigen, der Freikonservativen und eines kleinen Theils des Ctr. abgelehnt.

Der Etat der indirekten Steuern wird erledigt.

Es folgt der Etat der Bauverwaltung.

Beim Titel Wettiergehalt befürwortet Abg. Potthaus (nl.) gleichzeitig mit der Kanalisierung der Mosel die Revision der Lahn zu erwägen.

Abg. Wallbrecht (nl.) tritt für schleunigen und rationellen Bau von Wasserstraßen ein. Auch beim Mittellandkanal sei man nicht in der richtigen Weise vorgegangen.

Abg. Nadbyl (Ctr.) wünscht die Gleichstellung der Baumeister mit den Professoren.

Münster Thielen: Das Bauwesen geht einer anderweitigen gesetzlichen Regelung entgegen. Wenn heute die Bautechniker in manchen Beziehungen nicht so günstig gestellt sind wie andere

Beamtenklassen, so liegt das an dem starken Zugrang zur Laufbahn unter ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen.
Der Staat wird bewilligt.
Damit ist die Tagesordnung erschöpft.
Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr. (Kultusstat.)

Deutschland.

Berlin, 27. Febr. [Aus dem Reichstag.] Mit einer ganz ausgezeichneten, wohlabgewogenen, durchweg auf der Höhe ihrer Aufgabe stehenden Rede hat der Reichskanzler heute in die Verhandlungen über den russischen Handelsvertrag eingegriffen. Wir erinnern uns, niemals eine ähnlich tiefegehende Bewegung am Schluss einer Ministerrede beobachtet zu haben. Diese Bewegung hatte nichts von der sensationellen Art, mit der theatralische Känzelkette zu wirken pflegen, sondern es war eine starke, das Interesse der Zuhörer ergreifende Empfindung, daß hier die Stimme der Wahrheit und Vernunft einen unvergleichlich würdigen, vornehmen Ausdruck gefunden hatte. Graf Caprivi wurde während des größten Theiles seiner Rede mit jener gespannten Ruhe angehört, die von dem Interesse der Zuhörer ein stärkeres Zeugnis ablegt, als es Zwischenrufe und Unterbrechungen vermögen. Ein stärkeres und zugleich ein schöneres Zeugnis. Denn die Zustimmung des einen Theiles der Hörer bedarf nicht eines besonderen Ausdrucks, und das Schweigen der Gegner bedeutet, daß das Gehörte durch Form wie Inhalt so auf sie wirkt, daß sie vorübergehend die Gegnerschaft über dem unmittelbaren Eindruck vergessen. Erst in der zweiten Hälfte seiner Rede hatte sich der Reichskanzler mit Zwischenrufen von rechts her abzusindeln, aber es war kein Kampf, bei dem man ungewis sein konnte, ob der Redner auch steigen werde, sondern die Unterbrechungen hatten etwas Gezwungenes, waren nur der konventionelle Verlegenheitsausdruck des Angegriffenen, der die erhaltenen scharfen Hiebe denn doch nicht ohne das übliche Murren hinnehmen möchte. Als dann der Reichskanzler geendigt hatte, wogte es im Saale in tiefster Erregung hin und her. Minutenlang drang ein Brausen bewegter Privatunterhaltungen durch das weite Haus und der antisemitische Abg. Dr. König, der die Tribüne bestiegen hatte, mußte gebüldig warten, bis der Präsident auch nur einigermaßen Ruhe hatte herstellen können. Was war es denn nun, was die Caprivi'sche Rede so überaus wirkungsvoll machte? Es ist in Kürze dies: der Reichskanzler hat mit soldatischem Freimuth rücksichtslos und gleichwohl in der vornehmsten und mildesten Form die letzten Konsequenzen einer Ablehnung gezogen. Er hat für die historische Bedeutung des großen Vertragswerkes Worte gefunden wie kein Zweiter bisher. Er hat die großen Fragen des Für und Wider mit staatsmännischer Geiste auf ihre einfachen Grundlinien zurückgeführt, und so konnte er seine Politik rühmen, ohne daß sein eigener bedeutsamer Anteil anders denn als die schlichte Thätigkeit eines bezeichnenden Mannes erschien wäre, und er konnte die gewitterschwangeren Folgen einer möglichen Ablehnung in den nothwendigen düsteren Farben zeichnen, ohne daß irgendwer auch nur von fern auf den Gedanken zu kommen verlockt, daß hier die Befürchtung eines Schwachen vor dem furchtbaren Ernst eines etwaigen Zusammenstoßes Gefühl wie Entschluß leite. Vor einem strengen Konstitutionalismus mag es vielleicht nicht ganz bestehen können, daß Graf Caprivi die Person des Kaisers in die Debatte zog. Aber nachdem der Kaiser persönlich Stellung genommen, wäre es beinahe als eine Lücke empfunden worden, wenn der Reichskanzler den Hinweis auf die Überzeugung des "Bauherrn" unterlassen hätte, und er hat diesen Passus überdies in die gewinnendste Form gekleidet. Er hat auch für die Zurückweitung der Nachrichten von Spaltungen innerhalb des Staatsministeriums eine wohlthuende Wendung gefunden, wie denn überhaupt die ganze Rede auch in ihren schärfsten Partien von dem Reize einer vornehmen, sympathischen, den Angriff nicht um seiner selbst willen liebenden, den aufgedrungenen Kampf aber entschlossen annehmenden Denktweise und Darstellungsart getragen war. Die Ausblicke des leitenden Staatsmannes auf die große Politik, auf die Bedeutung des jetzt abgeschlossenen Vertragswerkes für die Geschicke nicht bloß unseres Vaterlandes, sondern der Kulturwelt des ganzen Erdteils gehören zum Besten, was in dieser Hinsicht gesagt worden ist. Die Schlußwendung aber, die Berufung auf den Fürsten Bismarck und seine langen Bemühungen mit Russland zum wirtschaftlichen Frieden zu kommen, überraschte und erfreute durch ihre gewinnende Geschicklichkeit. Graf Caprivi hat durch diese Rede gezeigt, daß die Konservativen sich in ihm einen Gegner ausgewählt haben, wie er stärker nicht gedacht werden kann. Von der Rede des Antisemiten König, die den Aussführungen des Kanzlers folgte, wie das Sathyrspiel dem Drama, genügt es, zu sagen, daß sie gehalten worden ist. Eine hochbemerkenswerthe Rede des Herrn von Bennigsen fesselte sodann mit Recht um so stärker. Herr v. Bennigsen hat nach verschiedenen Seiten hin gleichermaßen angestoßen wie angezogen. Selten wohl ist eine Rede dagewesen, die so wie diese darauf verzichtete, nur aus einer Tonart heraus zu klingen. Herr v. Bennigsen macht sich offenbar garnichts daraus, denjenigen, denen er soeben Freundliches gesagt hat, sofort wieder eine weniger angenehme Bemerkung zuzuwenden und dann umgekehrt zu versöhnen.

In der am Montag abgehaltenen Plenarsitzung des Bundesrates wurde dem Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Änderung des Zolltarifgesetzes vom 15. Juli 1879, die Zustimmung ertheilt.

Aus der Provinz Posen.

Weselitz, 27. Febr. [Zur Wahlbewegung.] Die heutige aus Anlaß der bevorstehenden Reichstags-Ersatzwahl tagende außerordentliche Versammlung des Bundes der Land-

wirthe nahm einen sehr bewegten Verlauf. Von den agrarischen Worführern waren Vorberichtigungen getroffen worden, um eine importante Versammlung zu Stande zu bringen und eine ihren Wünschen entsprechende Abstimmung zu erzielen. So hatte ein junger Großgrundbesitzer und Lieutenant a. D. aus der nächsten Umgebung unserer Stadt den Bauern seines großen Dorfes zur Reise Wagen in bestebiger Anzahl zur Verfügung gestellt. Wir bemerkten ferner, keinen Bettelstab in der Hand, einen der kleinsten Mitterautsbesitzer unseres Kreises, in erregten Worten die Kandidatur Tielemann befämpfend, wobei er nicht verschämte, die intimsten Familienverhältnisse des letzteren aufzudecken, um zu beweisen, daß dieser mit der Börse list sei und falls die Währungsfrage akut würde, ein Gegner des Metallismus sein werde. Besonders scharf kam in der Versammlung der Gegensatz zwischen den Landwirten des Weseler und des Borsigkreises zum Ausdruck, diese für v. Tielemann, davon Herr Wenzel-Belenin mit schwerem Herzen eintretend, jene für den extremen Grafen zu Dohna kämpfend. Da in dieser schwierigen Lage eine Einigung unmöglich schien, so wurde vom Landrat v. Roßl als Retter in der Noth Herr v. Dziembowski als Kandidat vorgeschlagen in der sicherer Vorausezung, daß alle deutschen Stimmen sich auf diesen vereinigen würden, zumal dann die Wettelsche Kandidatur, die doch nur ein Privatvergnügen einzelner Weseler Herren sei, nicht in Betracht kommen könne. Bei der Abstimmung wurde, wie bereits telegraphisch gemeldet, Landrat a. D. v. Dziembowski einstimmig zum Reichstagskandidaten nominiert, der erklärte, noch in zweiter Stunde die Wahl Wahl anzunehmen, wenn die Wettelsche Kandidatur zurückgezogen werde. Im Falle seiner Wahl würde er aber wie bisher seine Hauptbeschäftigung den Arbeiten des Landtages widmen und bei wichtigen Abstimmungen im Reichstage, wenn möglich, nie fehlen. Des die Gemüter erregenden russischen Handelsvertrages wurde mit kleinen Worten erwähnt. — Rechtsanwalt Keller, der sich als Anhänger der Kandidatur Wettels bekannte und die hierauf bezüglichen Ausschaffungen zurückwies, bemerkte, von dem dieselbe befürworteten Komitee zwar zu einer Erklärung nicht autorisiert zu sein, doch glaube er im Sinne derselben zu handeln, wenn er, nachdem die Aufführung des Herrn v. Dziembowski zur Thatache geworden sei, erläutre, daß nunmehr die Wettelsche Kandidatur fallen gelassen werden wird.

Argenau, 27. Febr. [Mordeversuch.] Der 50jährige Schmid Alexander Bützschowksi kam gestern Abend gegen 8 Uhr von einer mehrwöchentlichen Reise nach Hause. Um 1/4 Uhr wollte er noch einmal in die Stadt gehen. Als er seine Tür zu machte, erhielt er einen Schuß in den Hinterkopf, der ihn zu Boden streckte. Aus seiner Verletzung erwacht und nothdürftig verbunden, vermochte er noch selbst zum Arzt zu gehen, der ihm Bleistücke aus der Wunde entfernte. Von dem Thäter fehlt jede Spur. Da z. ein sehr harmloser Mensch ist, dürfte der Schuß einem Andern gegolten haben, umso mehr als kurz vorher auf demselben Hofe ein heftiger Streit gehört worden war.

Telegraphische Nachrichten.

Siegen, 27. Febr. Der Prozeß wegen Zusammenbruchs des Siegener Bankvereins wurde heute vertagt, da zunächst diejenigen Berliner Bankiers vorgeladen und vernommen werden sollen, welche mit den Angeklagten die umfangreichen Differenzgeschäfte gemacht haben.

Hamburg, 27. Febr. Zwei Fabrikgebäude des Vereins deutscher Oelsfabriken am Ausschläger Elbdeich sind in letzter Nacht durch eine bedeutende Feuerbrunst, die durch eine Explosion verursacht war, gänzlich zerstört worden. Zwei in dem einen der Gebäude befindliche Personen werden vermisst; man vermutet, daß sie in den Flammen umgekommen sind.

Bremen, 27. Febr. Der Senat überwies dem Vaterländischen Frauenverein für die Hinterbliebenen der auf der "Brandenburg" Verunglückten 1000 Mark.

Leipzig, 27. Febr. Die beiden bisher neben einander bestehenden Komitees, welche sich zur Veranstaltung einer Industrie- und Gewerbe-Ausstellung in Leipzig im Jahre 1893 gebildet hatten, lösten sich gestern Abend auf, und es hat sich sofort zur Veranstaltung einer sächsisch-thüringischen Industrie- und Gewerbe-Ausstellung in Leipzig im Jahre 1893 ein neues Komitee gebildet, an dessen Spitze Oberbürgermeister Dr. Georgi, Bürgermeister Dr. Trondlitz, Handelskammer-Präsident Geh. Kommerzienrat Thieme und Vorsitzender der Gewerbeleiter stehen.

Nom, 27. Febr. Bei der heute fortgesetzten Berathung der Interpellationen über die innere Lage entwickelte Di San Giuliano seine Interpellation über die von der Regierung getroffenen Maßnahmen und über die Absichten derselben hinsichtlich Siciliens. Redner billigte das Verhalten der Regierung, warnte vor der vorzeitigen Aufhebung des Belagerungszustandes und lobte das Verhalten der Armee sowie das Vorgehen des Generals Morra. Der Belagerungszustand bedeute keine Lösung; eine solche sei vielmehr durch wirtschaftliche und soziale Maßnahmen herbeizuführen.

Paris, 27. Febr. [Senat.] Bei der Berathung der Getreidezoll-Vorlage hielt der Ackerbauminister Viger den Zoll von 7 Francs aufrecht. Nach Schluß der allgemeinen Berathung wurde der Gesetzentwurf in der von der Kammer vorliegenden Fassung mit 189 gegen 32 Stimmen angenommen. — Trarieux legte einen Bericht vor, der mit dem Antrage schließt, die Petition französischer Inhaber von Obligationen der portugiesischen Eisenbahngesellschaft des Ministerium des Auswärtigen zu überweisen. — Der Schwurgerichtshof verurteilte heute den Anarchisten Marpeau zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe. Marpeau hatte einen Polizeiagenten, welcher ihn wegen Diebstahls verhaftet wollte, getötet. — Am Dienstag Vormittag wurden weitere 10 Haussuchungen bei Anarchisten vorgenommen und 6 Personen, darunter ein Italiener Namens Novi verhaftet. — Der Ministerrath beschloß, einen Kredit von 17 000 Francs zu verlangen, um die durch die anarchistischen Attentate vom 12. und 20. d. M. betroffenen Opfer schadlos zu halten bzw. zu unterstützen.

Petersburg, 26. Febr. Morgen erscheint ein kaiserlicher Ufa, durch den die Übernahme der großen russischen Eisenbahngeellschaft durch die Krone bei sofortiger Abrechnung mittels Austausches der Aktien und Prioritäten der Gesellschaft gegen vierprozentige Obligationen genehmigt und zu diesem Zwecke die Ausgabe vierprozentiger Obligationen im Betrage von 113 600 000 Rubel Gold unter dem Titel "Russische vierprozentige Golbanleihe 6. Emmission von 1894" anbefohlen wird. Die Verzinsung beginnt mit dem 1. Januar 1894, die Amortisation mit dem 1. Januar 1895, welche in 81 Jahren durchgeführt werden soll. Alle anderen Bedingungen sind dieselben wie bei der vierprozentigen Golbanleihe fünfter Emmission.

Paris, 27. Febr. Bei der Regierung eingegangene nähere Mitteilungen über die Operationen der Kolonne des Kommandanten Joffre besagen, die Kolonne bestehe aus

anderthalb Compagnien sudanesischer Schützen, einer Eskadron Spahis und zwei Gebirgskanonen. Die Kolonne sei am 27. Dezember vom Niger aufgebrochen und am 26. Januar in Goundam angelangt. Die Tuaregs seien durch Kanonenfeuer zerstreut worden und nach dem Norden geflüchtet. Dieselben befinden sich gegenwärtig ungefähr vier Tagemärsche von der Kolonne entfernt. Diese traf am 9. d. M. an dem Orte, wo die Expedition Bonnier am 15. Januar niedergemehlt worden war, ein. Die Leichen der Offiziere und Unteroffiziere wurden aufgefunden und nach Timbuktu transportiert. Der Gesundheitszustand der Kolonne ist ein befriedigender. Die Bevölkerung, welche durch die Plündерungen der Tuaregs erschöpft ist, nahm die Franzosen freundlich auf.

London, 27. Febr. Nach einer Depêche des Admirals Bedford aus Bathurst an die Admiralität drang gestern eine größere feindliche Abtheilung in das britische Lager, wurde aber nach einem zweistündigen Kampfe zurückgeschlagen. Drei Marinesoldaten wurden verwundet.

Sofia, 27. Febr. Die Besserung in dem Befinden der Prinzessin Ferdinand dauert an. Professor Neuffer ist heute abgereist. **Bukarest**, 27. Febr. Die Parlamentsseßion ist bis zum 27. März verlängert worden. Im Senat intervenierte Sturdza die Regierung wegen angeblich schlechter Beschaffenhheit der Infanterie-Bewaffnung und wegen des Mangels an Pulver. Der Kriegsminister wies diese Behauptungen als Phantasiegebilde zurück und führte das Urtheil fremder Offiziere an, welche die rumänische Armee als eine vortreffliche bezeichnet hätten. — Hiermit ist der Zwischenfall geschlossen. — Der Kammer wurde heute der österreichisch-rumänische Handelsvertrag vorgelegt.

Wien, 28. Febr. In Folge des Wiener Anarchistenprozesses trat in dem heutigen anarchistischen Lager eine Spaltung ein. Mehrere Führer beschlossen, sich von der Agitation zurückzuziehen. Nach heutigen deutschen Zeitungen wird das Organ der Wiener Anarchisten "Die Zukunft" eingehen.

Mailand, 28. Febr. Die Staatsanwaltschaft in Mailand hat bei der Kammer um die Ermächtigung nachgesucht den Deputirten Cyprian zu verhaften. Der selbe soll mit den in Mailand angeklagten Sozialisten unerlaubte Verbindungen unterhalten haben.

Bern, 28. Febr. Das schweizerische Generalstabsbureau verlangt in einer Denkschrift an die Bundesregierung die Schaffung eines Luftschiffparkes, der von 4 Offizieren, 37 Luftschiffen und 33 Mann bedient werden soll.

Rio de Janeiro, 27. Febr. Auf dem Insurgentendampfer "Venus" fand eine Explosion statt. Der Kommandant, 2 Offiziere, 30 Mann sind getötet, 50 Personen verwundet worden.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Februar 1894.

Datum	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm; 66 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temperatur.
27. Febr.	750,4	SW frisch	bedeckt	+ 8,7
27. Febr.	752,4	WSW mäßig	bedeckt	+ 6,7
28. Febr.	755,9	W mäßig	zieml. heiter	+ 5,9

¹⁾ Vormittags und Abends schwacher Nebel.

Niederschlagshöhe in mm am 28. Febr. Morgens 7 Uhr: 0,4

Am 27. Febr. Wärme-Maximum + 8,7° Celsius.

Am 27. Febr. Wärme-Minimum + 1,6°

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 27. Febr. Morgens	1,24 Meter
= 27. = Mittags	1,24
= 28. = Morgens	1,28

Fonds- und Produkten-Börsenberichte.

Fonds-Berichte.

* **Berlin**, 26. Febr. [Zur Börse.] Die italienische Finanzangelegenheit bildet den Alp, der auf dem Verkehr der europäischen, namentlich auf dem der deutschen Börsen lastet. Heute gab der Rückgang der italienischen Rente das Signal zu einer Ermittlung der Tendenz, die auf allen Gebieten von Realisationen und Kursabschwächungen begleitet war. Der Abschluß der Kreditanstalt, der die Vertheilung einer Dividende gestattet, deren Höhe seit 1872 nicht erreicht wurde, verhinderte nicht, daß auch Kreditanstalten nachgaben. Natürlich wollte man diese Schwäche mit einem Grunde versehen und bemängelte die Debe in den Gewinnen der Kreditanstalt im 2. Semester. Allerdings brachten die Geschäfte des ersten Semesters ein ungewöhnlich hohes Ergebnis, während die Übernahme von 52 Millionen österreichischer und ungarischer Rente in Folge der Katastrophen, die im zweiten Halbjahr 1893 in Europa und Amerika beklagt wurden, keine Abwendung finden konnte, die erst in diesem Jahre erfolgt, wenn die Zeit sich günstiger gestaltet. Augenscheinlich aber veranlaßt das hohe Agio der Kreditanstalt zu Verkäufen, die heute auch für Wiener Rechnung vorgenommen wurden. Für russische Noten soll in den letzten Tagen der russische Finanzminister interventiv haben, der durchaus den Rubelkurs "stabilisiert" will. Die Erhöhung des Privatdiastolons von 1/2 auf 1/4 Prozent scheint eine drückende Wirkung auf den Kurs der inneren Anleihen ausgeübt zu haben. Auf dem Montanaktienmarkt bleibt eine schwache Haltung vorherrschend. Besonders angeboten waren heute Baura-Aktien und Kohlenwerthe. (R. 3.)

Wreslau, 27. Febr. (Schuftrale.) Schwächer. Neue Proz. Reichsanleihe —, 3/4 proz. P.-Pfundbr. 98,95, Konf. Türk. 23,80, Türk. Loje 98,00, 4proz. ung. Goldrente 96,30, Bresl. Diskontobank 99,00, Breslauer Wechslerbank 98,00, Kreditanstalt 224,00, Schles. Bankverein 112,75, Donnersmarckhütte 100,90, Flöther Maschinenbau —, Rattowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 137,25, Oberholz. Eisenbahn 70,00, Oberschles. Bergland-Bement 96,00, Schles. Bement 149,00, Oppeln. Bement 113,50, Krakau 131,00, Schles. Binfatton —, Danzig 123,25, Bresl. Oelsfabr. 85,00, Österreich. Banknoten 163,45, Russ. Banknoten 218,45, Giebel. Cement 96,00, 4proz. Ungarische Kronenmiete 92,00, Breslauer elektrische Straßenbahn 125,00.

Frankfurt a. M., 27. Febr. (Erfelten-Sozietät.) [Schluß]. Österreich. Kreditanstalt 296%. Frankreich 267/8%, Lombarden 88, Unar. Gibrente —, Gotthardbahn 154,00, Diskonto-Kommandit 186,70, Dresdner Bank 36,20, Berliner Handelsgesellschaft 130,50, Bochumer Gußstahl 132,10, Dortmunder Union St.-Br.

